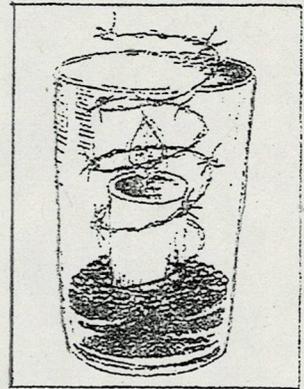


Bedrängte und verfolgte Christen

Newsletter November 2020

ÖKUMENISCHER ARBEITSKREIS RELIGIONSFREIHEIT
Verantwortlich: Ernst Herbert, Pfr. i.R. Tel. 09181/254162
Badstraße 17 b, 92318 Neumarkt – eg.herbert@t-online.de



Christen in Kuba

Quelle: „Arbeitsgemeinschaft Religionsfreiheit“ der Evangelischen Allianz in der Schweiz

Von den 11 Millionen Einwohnern sind 60 % Christen (überwiegend katholisch), 23 % Atheisten. 64,1 % sind Weiße, 9,3 % Schwarze, 26,6 % Mulatten und Mestizen.

Die indigene Urbevölkerung überlebt die Entdeckung durch Kolumbus 1492 nicht lange. Danach prägen Sklavenhandel sowie Kolonialherrschaft die Entwicklung. Als 1902 die Kolonialzeit endet, wird Kuba zunächst eine Vorzeigerepublik. Doch Korruption und Despotie nehmen zu und gipfeln in der Diktatur von Fulgencio Batista. Diese wird 1959 durch die kommunistische Revolution von Fidel Castro abgelöst. Die darauffolgende sozialistische Diktatur sorgt zwar für ein gutes Bildungs- und Gesundheitssystem; dafür bedeutet es politisch ein Einparteiensystem, Gesellschaft und Wirtschaft leiden. 1962 löst Kuba als Handlanger der Sowjets beinahe den dritten Weltkrieg aus. In der Folge verhängen die USA ein rigoroses Handelsembargo. Weil in letzter Zeit Kubas Verbündeter Venezuela in einer Krise steckt, fehlt es auf Kuba zunehmend an Benzin, Reis, Elektrizität etc. Eine schwere Wirtschaftskrise, wie nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion in den 1990ern, bahnt sich an. Als der sozialistische Staatsgründer Fidel Castro 2016 stirbt, übernimmt sein Bruder Raul die Staatsführung. Seither sind häppchenweise Lockerungen feststellbar.

Die spanischen Kolonialherren haben den Katholizismus gesellschaftlich verankert. Dagegen entwickelten und praktizierten die aus Afrika stammenden Nachkommen von Sklaven „Santeria“ einen Synkretismus zwischen der traditionellen Yoruba-Religion Westafrikas und der römisch-katholischen Form des Christentums. Fidel Castro etablierte flächendeckend den Atheismus.

Im 19. Jahrhundert wurde Kuba durch westliche Kirchen evangelisiert. Diese zählten bis zur Revolution 1959 viele Mitglieder. Das atheistische Regime verwies in den 1960ern ausländische Missionare des Landes, kubanische Pastoren wurden in Konzentrationslager gesteckt. Kirchengebäude enteignet oder demoliert. Bibelschulen geschlossen, christliche Literatur verbrannt. Die Gemeinde Jesu überlebte diesen Feuerofen und fand zu kreativen Lösungen für ihre Existenz. Seit der extremen Wirtschaftskrise der 1990er sind viele Kubaner von der castrischen Revolution enttäuscht und auf der Suche nach Sinn. Gott wirkt viele Zeichen und Wunder, immer mehr Menschen finden zum Glauben an Jesus Christus. Die Kirchengebäude von vor der Revolution dürfen für Gottesdienste wieder benützt werden. Zudem erlaubte Castro unter strikten Auflagen „Stubenversammlungen“ („Casa Cultos“ – also Hauskreise). Ein massives Gemeindegewachstum setzte ein, so dass in der Gegenwart selbst von Seiten der kubanischen Behörden von mehr als 10 % evangelischen Christen der Gesamtbevölkerung ausgegangen wird. Eine Verbesserung für die Christen ist zwar feststellbar, verglichen mit der Lage

in den 1960ern. Doch ist Verfolgung weiterhin vorhanden: Von einer normalen oder gar guten Situation für Christen kann leider noch immer nicht ausgegangen werden. Es ereignen sich jährlich Hunderte von Übergriffen gegen Christen, die wenigstens erlangen öffentliche Aufmerksamkeit. Einige Beispiele, die stellvertretend für viele andere Fälle sind:

Die **Pastorin Adya Expósito Leyva** wurde am 29. März 2020 aus der Haft entlassen, nachdem sie am 16. April 2019 zusammen mit **ihrem Ehemann Ramón Rigal** inhaftiert worden war. Das Ehepaar wurde verurteilt, weil es sich geweigert hatte, seine Kinder in staatlich geführte Schulen zu schicken, sondern sie zu Hause zu unterrichten. Adya hatte über elf Monate einer 18-monatigen Haftstrafe wegen des mutmaßlichen Verbrechens „anderer Handlungen gegen die normale Entwicklung eines Minderjährigen“ verbüßt. Ramón Rigal wurde im Juni vorzeitig aus der Haft entlassen. In Wahrheit wollten sie nur ihre Kinder vor der ideologischen Indoktrination des Regimes schützen.

Im Juni 2019 **gründen 28 Leiter von sechs evangelischen Denominationen nach vielen Jahren der Vorbereitung die Evangelische Allianz (AIEC)**. Sie beantragten bei den Behörden die formelle Anerkennung dieser Körperschaft, welche immerhin eine Million Christen repräsentiert. Doch diese verweigern kategorisch jedes Recht auf Existenz oder Anerkennung.

Mitte 2019 verbieten die Behörden vielen Rechtsanwälten, Oppositionellen, Künstlern, Medienschaffenden etc. die Ausreise aus Kuba. Betroffen sind ebenfalls viele Gründungsmitglieder der Evangelischen Allianz (AIEC) mit der Begründung, es laufe gegen sie ein Verfahren. Einem wurde gesagt; der Dienst für „Innere Sicherheit“ habe ihm die Ausreise verboten. Einige Pastoren waren eingeladen, um in Washington über die Verfolgung der Christen Bericht zu erstatten. Unter absurden Auflagen dürfen einige Pastoren inzwischen wieder aus- und einreisen.

Am 30. März 2020 **demolieren die Behörden in Mella, Provinz Santiago de Cuba, ein Kirchengebäude.** Der Versammlungsraum sei illegal konstruiert worden, begründen sie ihr Vorgehen. Nur ganz wenige Kirchengebäude erhalten auf Kuba ausnahmsweise eine offizielle Erlaubnis für Umbau, Renovierung oder Neubau. Die notwendige Reparatur eines zerstörten Daches ohne Erlaubnis ist demnach illegal.

Vorschläge zur Fürbitte

- Beten für junge Menschen, die besonders offen sind für das Evangelium.
- Beten für die evangelischen Hauskirchen und Kirchen, dass ihre Versammlungen ungehindert stattfinden können und dass Baugesuche genehmigt werden.
- Beten für die formelle Anerkennung der Evangelischen Allianz Kuba.
- Beten für Christen, die in der wirtschaftlichen Krise Bedürftigen helfen und ihnen die Gute Nachricht des Evangeliums weitergeben.
- Beten für ein baldiges Ende der Wirtschaftskrise, damit die Menschen vor Hunger und Entbehrung verschont bleiben.
- Beten für die Regierung, dass immer mehr Führungskräfte auf allen Ebenen zum Glauben an Gott finden und die Christen nicht mehr als Bedrohung für das Land wahrgenommen werden.